

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

A0065/20/1 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0065/20	16.04.2020

Absender	
Fraktion CDU/FDP	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	16.04.2020

Kurztitel
LGBTI-freie Zone in Radom? - Nicht mit Magdeburg

Der Stadtrat möge beschließen:

Gegenüber der langjährigen, freundschaftlich verbundenen Partnerstadt Radom erklärt der Stadtrat von Magdeburg seine Unterstützung bei der Bewahrung der Rechte von LGBTI-Personen: Die Rechte der LGBTI-Personen (Lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Personen) sind Grundrechte. Die Organe der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, damit auch die Organe der Städte Radom und Magdeburg, sind verpflichtet, diese Rechte im Einklang mit den Verträgen und der Grundrechtecharta der EU sowie dem Völkerrecht zu wahren und zu schützen; Der Stadtrat von Magdeburg unterstützt die politische Mehrheit seiner Partnerstadt darin, Anträge abzulehnen, sich zu einer LGBTI-freien Zone zu erklären!

Der Stadtrat von Magdeburg beauftragt den Oberbürgermeister von Magdeburg: Diese Erklärung seinem Amtskollegen und der dortigen kommunalen Selbstverwaltung in Deutsch, Polnisch und Englisch unverzüglich nach dem Beschluss des Stadtrats in geeigneter Weise zu übermitteln. Mit Vertreter*innen vor Ort, den Gleichstellungsbeauftragten und der LGBTI-Community in Magdeburg eine Delegationsreise nach Radom zu einem geeigneten Anlass für min. 10 Personen zu organisieren, um die Unterstützung zu symbolisieren und weitere Maßnahmen zu vereinbaren, die geeignet sind, die Grundrechte, für die beide Städte stehen, zu stärken.

Begründung:

Die polnische Partnerstadt von Magdeburg, Radom, hat sich bisher nicht als sogenannte LGBTI-freie Zone erklärt. Umliegende Gebiete haben dies bereits getan. Der Atlas of Hate zeigt auf, dass es auch in Radom entsprechende Bestrebungen gibt. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat an dieser Stelle als Partnerstadt und Freund ihre Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten, dem EU-Recht und den Menschen in Radom wahrzunehmen und gegenüber den Offiziellen der Stadt sowie der Zivilbevölkerung ihre Besorgnis und Solidarität auszudrücken.



Dr. Lydia Hüskens
Stadträtin Fraktion CDU/FDP